

Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

103. Sitzung

16. März 2016

Beginn: 13.00 Uhr
Schluss: 19.04 Uhr
Vorsitz: Fréderic Verrycken (SPD),
zeitweise Jochen Esser (GRÜNE) und
Monika Thamm (CDU)

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Wir kommen nun zum

Punkt 35 der Tagesordnung

- | | |
|---|--|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
„Rockfestival Lollapalooza“
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | <u>2688</u>
Haupt |
| b) Bericht SenStadtUm – II A 22 – vom 08.03.2016
„Rockfestival Lollapalooza“
Übersendung eines Vertrages
(Anlage Vertraulich – nur für den Datenraum zugeleitet) | <u>2688 A</u>
Haupt
Vertrauliche
Beratung hinsichtlich der Anlage |

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist der Fall. Wollen wir zunächst öffentlich diskutieren, also ohne die Vertragsgegenstände, die im Datenraum einzusehen waren? – Ich sehe Kopfnicken, das ist der Fall. – Bitte, Herr Schatz, Sie haben das Wort!

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich halte es für sinnvoll, das Thema Lollapalooza, das in meinem Bezirk Treptow-Köpenick viele Menschen beschäftigt, hier noch einmal zu erörtern, denn prinzipiell stellt sich die Frage: Wie kommt Lollapalooza, das ursprünglich auf dem Tempelhofer Feld stattfinden sollte und im letzten Jahr auch dort stattgefunden hat, plötzlich in den Treptower Park, also nach Treptow-Köpenick? – Sie wer-

den sagen, ja, wegen der Flüchtlinge, aber mich interessiert ein bisschen mehr, nämlich, was stattgefunden hat, und zwar exakt zwischen dem 24. Oktober 2015, als auf der Internetseite der Tempelhof Projekt GmbH auftauchte, dass an dem betreffenden Wochenende Flüchtlinge in die Hangars einziehen werden, und Mitte Februar 2016, als in der Presse zu lesen war, dass Lollapalooza jetzt eventuell im Treptower Park stattfindet oder nicht. – Zweitens: Was hat die zuständige Senatsverwaltung in dieser Zeit getan?

In der Argumentation, die wir in der Öffentlichkeit gelesen haben, hieß es immer, es gehe um einen Schaden von 20 Millionen Euro, der dem Land entstehen würde, wenn Lollapalooza nicht stattfindet. Dazu hätte ich gern eine Auskunft, wie diese Summe zustande kommt.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Vielen Dank, Herr Schatz! – Bitte, Frau Herrmann, Sie haben das Wort!

Clara Herrmann (GRÜNE): Ich war nicht auf diesem Rockfestival, und ich habe auch nicht vor, in diesem Jahr dort hinzugehen, obwohl ich vielleicht ein bisschen Zeit hätte. Ein bisschen Rocken kann nie schaden, aber ich habe auch einige konkrete Fragen. – [Zurufe] –

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Frau Herrmann hat das Wort. Hören Sie bitte zu! – Bitte, Frau Herrmann!

Clara Herrmann (GRÜNE): Letztes Jahr fand dieses Festival bekanntermaßen in Tempelhof statt. Dass das dieses Jahr an dieser Stelle nicht stattfinden kann, das ist uns allen klar. – Meine erste Frage lautet: Muss es überhaupt dieses Jahr ein Rockfestival in Berlin geben? Gibt es dazu irgendwelche vertraglichen Verpflichtungen, Vereinbarungen, die das Land Berlin binden? Wenn ja: Wie sehen diese Verpflichtungen aus? Wie hoch wären die Vertragsstrafen und Ähnliches, würde das Land Berlin diese Verpflichtungen nicht einhalten? Sind die Zusagen an eine konkrete Örtlichkeit gebunden, ja oder nein? Gibt es Gespräche mit dem Veranstalter, dieses Festival an einer anderen Stelle stattfinden zu lassen? Wie gestalten sich diese Gespräche?

In den Zeitungen war von mehreren Standorten, die scheinbar im Gespräch waren oder sind, zu lesen. Ich möchte gern wissen, um welche Standorte es dabei konkret ging und was aus den einzelnen Standorten geworden ist. Ich habe vom Spreepark gelesen. Ist das korrekt, und könnte dort ein Rockfestival stattfinden? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen, und wenn nein, warum nicht? Der Spreepark ist uns allen bekannt. Er befindet sich mittlerweile nicht mehr beim Liegenschaftsfonds, sondern bei Grün Berlin. Er ist genau so angelegt, dass da übergangsweise Veranstaltungen und Ähnliches stattfinden sollen. Da stellt sich schon die Frage: Wäre das nicht ein Standort für das Rockfestival?

Neben dem Treptower Park war von der Trabrennbahn Karlshorst zu lesen. Ich möchte gern wissen, ob das ein möglicher Standort ist. Wenn ja: Wie sollte das genau aussehen? Wenn nein: Warum nicht?

Vom Treptower Park konnte man am häufigsten lesen. Die Themen, die zu Recht angesprochen wurden, sowohl in der Bezirksverordnetenversammlung in Treptow-Köpenick als auch von den Bürgerinnen und Bürger, dass ein solches Rockfestival in einem Park nicht ohne Schäden ablaufen kann, und dass auch noch an einem Gartendenkmal, wie Sie gerade reinge-

rufen haben. Ich denke dabei selbstverständlich auch daran – das sollte zumindest auch die Stadtentwicklungsverwaltung interessieren –, dass das eine große Parkanlage ist, mit Bäumen und allem Möglichen. Sie, Herr Schneider, können das ja witzig finden. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Vielleicht interessiert Sie das nicht, aber eine Riesen-Loveparade, die hier durch den Tiergarten gegangen ist – – – [Zurufe] – Jetzt lassen Sie mich doch mal ausreden! Das mag Sie nicht interessieren, aber vielleicht ist es auch finanzrelevant, wenn Zehntausende in einem Park feiern. – [Zuruf] –

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Ich bitte Sie, Frau Herrmann ausreden zu lassen. Alles andere können wir gern nach dem Hauptausschuss machen, wenn wir ihn irgendwann mal geschafft haben.

Clara Herrmann (GRÜNE): Es kann ja sein, dass Sie nicht das interessiert, was die Berlinerinnen und Berliner sehr wohl interessiert. – [Zurufe] – Ich kann auch mal rausgehen, damit Sie sich untereinander austauschen können.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Eine kurze Ansage: Ich bitte Sie, jetzt zuzuhören, denn sonst müssten wir eine Pause machen, wodurch es heute Abend später wird, aber das kann ich nicht ändern. Entweder wir konzentrieren uns jetzt und hören Frau Herrmann zu – ich glaube, dass wir es in ein, zwei Stunden geschafft haben, den Abend miteinander zu überstehen – oder wir legen eine Zwangspause ein. – Bitte, Frau Herrmann!

Clara Herrmann (GRÜNE): Genau! – Mich würde interessieren – es ist abzusehen, dass da solche Schäden entstehen –, was dann vorgesehen ist und wer für die Aufarbeitung dieser Schäden die finanzielle Verantwortung trägt.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Frau Kollegin! – Bitte, Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Dass man die Sorgen und Bedenken der Anwohner bei einem solchen Thema ernst nehmen muss, das ist klar. Es war auch nicht der Standort der ersten Wahl, sondern das war Tempelhof. Insofern ist der Senat aufgerufen zu gucken, wie das anwohnerverträglich und akzeptabel gemacht werden kann. Allerdings haben wir in Berlin an vielen Stellen Musikveranstaltungen, die auch mal Lärm machen. Ich darf nur mal daran erinnern, dass auch die Anwohner, die an der Strecke des Karnevals der Kulturen und in den umliegenden Straßenzügen wohnen, sicherlich an dem Wochenende mehr Lärm zu ertragen haben als die Anwohner, die von der Verlegung dieses Festivals betroffen sein werden. Wir hatten die Love-Parade und haben viele andere große Veranstaltungen, wie die Fête de la Musique. Da ist es schon auch ein bisschen Schicksal, wenn man in einer Stadt wie Berlin wohnt.

Mich wundert ein bisschen – deswegen habe ich mich nur gemeldet – Ihr Duktus, Frau Herrmann. Von einer grünen Politikerin hätte ich inhaltlich einen anderen Aufschlag erwartet. Das, was Sie zum Thema Spreepark erzählten, war nicht sehr sachkenntnisreich. Ich finde den Duktus, der aus Ihrem Wortbeitrag hervorging, nämlich zu sagen, jetzt kommen die hier auch noch mit Musik um die Ecke, schon recht ungewöhnlich. Wenn man es nicht wüsste, dann würde man nicht glauben, dass Sie von den Kreuzberger Grünen sind. – Ich beantrage zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll, denn das ist auch für die weitere Debatte nachlezenswert.

Im Tiergarten haben die Kaninchen und Eichhörnchen auch die Love-Parade überstanden. Wenn Sie sich einmal bei der Senatsumweltverwaltung erkundigen, wie viele verschiedene Tier- und Pflanzenarten es – trotz aller Loveparades – nach wie vor im Tiergarten gibt, dann finde ich den Duktus Ihres Redebeitrags schon bemerkenswert.

Wie gesagt: Wir müssen schauen, dass das anwohnerverträglich gemacht wird. Vielleicht ist das in diesem Jahr dort eine einmalige Geschichte, weil man für nächstes Jahr einen besseren Standort findet. Ich bitte die Verwaltung, auch einmal darüber nachzudenken. Vielleicht bekommt man das im nächsten Jahr auch in Tempelhof wieder hin, das weiß ich nicht. Jedenfalls kann ich Tenor und Grundrichtung Ihres Wortbeitrags nur als befremdlich bezeichnen.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Kollege Goiny! – Die CDU-Fraktion hat ein Wortprotokoll beantragt. – Bitte, Herr Esser!

Joachim Esser (GRÜNE): Ja, gerne zu Wortprotokoll in Richtung von Herrn Goiny. – Die Kollegin Herrmann hat eben davon gesprochen, dass ein Park dabei Schäden erleidet, und auch bei der Loveparade war das so. Es gab dann eine Diskussion in der Stadt, und es wurden präzise Fragen gestellt, die beantwortet werden sollten, wie zum Beispiel, wer finanziell für die Beseitigung der Schäden aufkommt. Sie werden sich bei diesem Thema wohl noch an die Auseinandersetzungen mit dem Bezirk Mitte erinnern, wie viel das alles gekostet hat und wer dafür einsteht. – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] – Jetzt hört doch mal auf!

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Herr Esser hat das Wort!

Joachim Esser (GRÜNE): Und dass man diese Diskussion dann auch mit Treptow hat, das ist doch völlig logisch. Wenn man sich überlegt, was dort mit den Bäumen, Sträuchern und Wässern war, um die Urinschäden wieder in den Griff zu bekommen, und dass die Beschwerden aus Mitte kamen, weil gesagt wurde, wir tragen jetzt die Folgen. Sie werden Sie sich vielleicht auch noch erinnern – das geht bis heute –, dass es deswegen auch die Diskussion um das Einzäunen gegeben hat, bezogen auf alle anderen Veranstaltungen, die wir durchführen. – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Ja, die gibt es doch! Das kostet doch alles Geld! – Man sieht, dass quasi schon Voreinzäunungsaktionen und ähnliche Geschichten im Gang sind. Ob wir es nun besonders schön finden, falls der Tiergarten dort tatsächlich endgültig eingezäunt wird, da setze ich mal ein Fragezeichen. Deswegen brauchen wir in den Diskussionen mit den betroffenen Bezirken über die Frage, ob das da sein muss, gar nicht zu streiten, sondern wir versuchen nur herauszufinden, ob das da sein muss. Wenn das dann also da sein muss und gefragt wird, das braucht eine Klärung, wer die die finanziellen Folgen, die das zweifellos haben wird, dann auch trägt, und nicht eine erneute Diskussion hervorruft, wie mit dem Bezirk Mitte, in Sachen aller Veranstaltungen, die auf der Straße des 17. Juni stattfinden, dann halte ich das für einen wichtigen Punkt.

Herr Goiny! Sie sagten, Frau Herrmann, die mich abgelöst hat, und ich müssten das gewissermaßen wissen, bezogen auf den Spreepark. Ich möchte nur mal feststellen: Wenn ich die Zeitungen richtig verstanden habe, wird mir gesagt: Da können wir das nicht machen, weil das noch nicht geräumt ist; was ich irgendwie verstehе, denn die Leute klettern auf die rostige Achterbahn und fallen runter. Jetzt kann man sich mal überlegen – ich habe jetzt nicht gerechnet, das war zu Nußbaums Zeiten, gegen Ende seiner Amtszeit –, wo das Gelände auf uns übergegangen ist. Wenn wir vom ersten Tag an gesagt haben, wir wollen da eine Refinanzie-

rung, ein bisschen Geld verdienen und Veranstaltungen durchführen, dann können wir uns durchaus auch mal fragen, warum in der ganzen Zeit von der Firma Liegenschaftsfonds BIM und seit Neuestem von der Firma Grünpark, die das noch nicht so lange hat, also rundum vom Konzern Berlin, rot-schwarz regiert, dieses Gelände nicht geräumt worden und deswegen nicht nutzbar ist. Das war lange genug, und inzwischen gab es – ich glaube, das war eine Diskussion mit Frau Ludwig, die davon mehr versteht als ich – die berechtigte Frage: Wenn man daran jetzt mit Hochdruck arbeiten wollte, dann müsste man durchaus in der Lage sein, das innerhalb eines halben Jahres, das man da noch hat, zu bewerkstelligen, wozu Grünpark offensichtlich aber keine Lust hat, und der Senat auch nicht. Das wäre zwar eine Hochdruckaktion gewesen, aber was man zwei, drei oder mehr Jahre hat liegen lassen, das kann man möglicherweise zum Beispiel in so einer Form bewerkstelligen.

Die dritte Frage ist: Wenn ein Veranstalter sagt – das war angesprochen –, Karlshorst ist mir nicht innerstädtisch genug –, dann dachte ich mir, weil vorhin alle Metropolenanfälle bekommen: Wenn das einer in London sagen würde, weil das irgendwo im Norden, Süden, Osten oder Westen ist, dann würde der für verrückt erklärt, das muss der Hyde Park sein. Jeder, der früher zu irgendeinem blöden Punktkonzert gefahren ist, hatte ein paar Kilometer mit der U-Bahn. Das ist alles Quatsch!

Und jetzt waren die ganzen Fragen nur dazu da, um das noch einmal zu prüfen, nämlich Karlshorst, Spreepark. Wenn wir am Ende beim Treptower Park landen, weil uns sonst überhaupt nichts einfällt, dann lautet die Frage: Wer kommt für die Kosten, die das hinterlassen wird, auf, das Land Berlin oder der Bezirk?

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Kollege Esser! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Der Staatssekretär hat das Wort zur Beantwortung. – Bitte sehr!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Grundsätzlich ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zwar für vieles zuständig, sie ist aber nicht die Senatsverwaltung für Veranstaltungen allgemein, sondern allenfalls ist sie für Veranstaltungen im öffentlichen Straßenland zuständig, weil diese nach dem Berliner Straßengesetz und der Genehmigungskonzentration abschließend von der Verkehrslenkung Berlin zu genehmigen sind. Ansonsten ist es in der Regel so, dass sich Veranstalter, die in Berlin eine Veranstaltung durchführen wollen, eine entsprechende Fläche suchen, dann mit dem Eigentümer dieser Fläche Gespräche aufnehmen und darüber verhandeln, ob und unter welchen Auflagen sie dort eine Genehmigung erhalten können, um dann am Ende darüber zu entscheiden, ob das für sie ein gangbarer Weg ist oder nicht. Das wird vom Senat natürlich – bei übergeordnetem gesamtstädtischem Interesse – interessiert oder auch wohlwollend begleitet, aber es wird generell weder über die Senatskanzlei noch über die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung abgewickelt. – So viel zur Vorrede, weil hier die Vorstellung herrscht, dass alle Veranstaltungen zentral gemanagt und gesteuert werden, aber dem ist nicht so. Ich glaube, dass das angesichts der Vielfalt von Veranstaltungen, die in Berlin stattfinden, und auch der Vielfältigkeit, die wir haben wollen – auch was die Orte angeht –, gut ist und dass wir in Berlin mit unserer zweistufigen Verwaltung und der Kompetenzaufteilung zwischen dem Senat und den Bezirken sehr wohl anerkennen sollten, dass auch die bezirklichen Fachämter in der Lage sind, solche Dinge zu bewerten und dann zu Entscheidungen und Verständigungen zu kommen.

Konkret geht es darum, dass es im Bereich Tempelhof für verschiedene Veranstaltungen Vereinbarungen gibt, die über das Jahr 2015 hinausgingen, ohne zu wissen, dass dort zum Ende des Jahres 2015 eine andere Nutzung eintritt, die diese Veranstaltung in der Form nicht mehr ermöglicht. Daraus leitet sich nicht automatisch ein Rechtsanspruch auf einen Ersatzstandort ab. Ob sich der Rechtsanspruch aus Entschädigungen ableitet, das richtet sich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), soweit es nicht explizit in den Verträgen vereinbart worden ist. Ich halte es jedoch für richtig, dass sich Berlin an dieser Stelle bei Veranstaltungen von überregionalem Interesse, die sich kurzfristig umorientieren müssen, auch ein Interesse daran hat, dass diese nicht einfach abgesagt werden, sondern dass dort und gegebenenfalls auch im Stadtgebiet nach anderen Veranstaltungsorten und -möglichkeiten gesucht wird.

Das ist allerdings beim Thema Lollapalooza nicht durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erfolgt – sie ist in diesem Fall nur deshalb zuständig, weil das Gebäude in Tempelhof von meiner Verwaltung verwaltet wird, also uns Tempelhof Projekt untersteht und Tempelhof Projekt einen Vertrag mit den Veranstaltern von Lollapalooza gemacht hat, der eine Option für drei Jahren beinhaltet. Diese Option hat Lollapalooza am 30. September 2015 für das Jahr 2016 geltend gemacht. Nach dem Einzug der Flüchtlinge hat es da einen Austausch gegeben, wie dort weiter damit umgegangen werden soll. Lollapalooza hat sich dann in Eigenregie auf die Suche nach Ersatzstandorten gemacht und dabei auch geguckt, wo denn schon einmal Konzerte stattgefunden haben. Im Treptower Park haben übrigens auch schon Konzerte stattgefunden, auch schon nach der Wende, was immer ein wenig vergessen wird. Insofern ist es jetzt nicht völlig abwegig und nicht vom Senat geleitet, dass ein Veranstalter auch auf diesen Veranstaltungsort kommt. Ich kann Ihnen jetzt nicht im Detail sagen, welche Veranstaltungsorte vom Veranstalter erwogen wurden und aus welchen Gründen sie gegebenenfalls für nicht geeignet angesehen wurden.

Zu den Schadensersatzfragen: Erstens weiß ich nicht, woher 20 Millionen Euro Schadensersatz kommen, noch dazu für die eine Veranstaltung. Mir ist diese Zahl nicht bekannt, auch nicht aus den Medien. Wenn Sie da gestanden hat, dann ist sie jedenfalls falsch. Wenn alle Veranstaltungen, für die es in Tempelhof grundsätzlich vertragliche Vereinbarungen gibt, abgesagt werden müssten und nach den Regelungen aus dem BGB, die ich jetzt nicht vertieft erörtern möchte, wenn Sie nicht darauf bestehen, Schadensersatz geltend gemacht würde, dann würden wir auf eine Summe von maximal etwa 15 Millionen Euro kommen. Bisher ist der größte Teil dieser Schadensersatzforderungen von den betroffenen Veranstaltern nicht geltend gemacht worden, sondern wir liegen im Moment bei 11 000 Euro, die tatsächlich geltend gemacht worden sind. Auch bei Lollapalooza ist bisher kein Schadensersatzanspruch geltend gemacht worden, sondern die haben gesagt, sie verstehen die Situation und suchen nach einem neuen Veranstaltungsort. Sie würden sich aber freuen, wenn das Land Berlin mit seinen Dienststellen sie dabei unterstützen würde, diesen nutzen zu können. Das muss überlegt werden, nicht nach dem Motto: Was wollen die eigentlich hier? Vielmehr sollte das Motto lauten: Wir sind gemeinsam an einem Punkt, an dem wir feststellen, dass eine Vereinbarung, die wir mal getroffen haben, für eine Veranstaltung, die wir gern in Berlin haben wollen, so nicht umsetzbar ist. Wie kommen wir gemeinsam zu einer Lösung, damit das gegebenenfalls doch stattfinden kann und wir nicht anfangen, über irgendwelchen Schadensersatz zu streiten, was beide Seiten an dieser Stelle nicht wollen?

Insofern haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Gespräche mit dem Bezirk Treptow-Köpenick aufgenommen worden sind. Einen offiziellen Antrag gibt es bisher weder

beim Bezirk noch bei der Verkehrslenkung Berlin, die insofern beteiligt ist, als auch Teile der Puschkinallee für diese Veranstaltung zeitweilig in Anspruch genommen werden sollen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist darüber hinaus dadurch betroffen, dass das sowjetische Ehrenmal im Einzugsbereich liegt und wir für die Pflege und den Schutz dieses Ehrenmals zuständig sind. Aus unserer Sicht besteht erst einmal keine grundsätzliche Beeinträchtigung im Sinne des Friedhofsgesetzes oder der entsprechenden Bundesregelung, denn auf diesem Gelände soll keine Veranstaltung stattfinden, und alles andere kann durch den Veranstaltungsverlauf und die Führung der Besucherinnen und Besucher gesichert werden. Soweit uns bekannt ist – das ist jetzt ein bisschen Mutmaßung –, wurde bei den ersten Gesprächen mit dem Bezirk auch seitens Veranstalters zugesichert bzw. vom Bezirk verlangt, dass alle Schäden, die verursacht werden, auf Kosten des Veranstalters beseitigt werden müssen und dass ansonsten keine Genehmigung an der Stelle möglich ist.

Zum Spreepark: Grün Berlin hat zum 1. Januar 2016 die Bewirtschaftung des Spreeparks übernommen. Sie beinhaltet erst einmal die Bewirtschaftung und eine vorsichtige Beräumung. Das Budget, das dort zur Verfügung steht, ist für eine umfassende, grundsätzliche und dazu noch schnelle Beräumung nicht ausreichend. Jetzt geht es erst einmal darum, Vorarbeiten durchzuführen, zu sichten und festzustellen, wo kurzfristig Sicherungsarbeiten erforderlich sind, wo man mittel- und langfristig etwas machen kann und wie ein Teil des Spreeparks möglichst schnell wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Für eine Veranstaltung dieser Größenordnung müsste man wahrscheinlich tatsächlich im großen Maß beräumen, einschließlich der Beseitigung von Anlagen, die vorhanden sind, was nicht das Ziel des Spreeparkkonzepts war. Der Spreepark ist von den nutzbaren Freiflächen her nicht für eine Veranstaltung in dieser Größe geeignet. Außerdem hat es noch keine konkrete Anfrage bei Grün Berlin gegeben, aber wir würden diese im Zweifel abschlägig bescheiden müssen, weil die Arbeiten und auch die Aufnahme dort noch nicht so weit fortgeschritten ist und das absehbar nicht zielführend wäre.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Herr Gaebler! – Wir starten in die zweite Runde. – Bitte, Herr Schatz, Sie haben das Wort!

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen! Wenn ich jetzt gelernt habe, der Veranstalter hat in Eigenregie eine Ausweichfläche gesucht, weil die ursprüngliche Veranstaltungsfläche nicht mehr zur Verfügung stand, wobei er offensichtlich keinerlei Unterstützung von Seiten des Senats bekommen hat, dann frage ich mich in der Tat: Eine Veranstaltung, die 40 000 bis 50 000 Menschen nach Berlin holt – zweifellos auch von außerhalb Berlins –, die dann vielleicht auch hier übernachten und 2,50 Euro für Essen und Trinken ausgeben, was zweifelsohne ein Wirtschaftsfaktor ist, wird einfach dem Selbstlauf überlassen?

Das finde ich echt ein bisschen schwach, und letztlich unterm Strich muss man sagen, der Senat hat an dieser Stelle nichts gemacht, und der Bezirk wird mit dem Problem alleingelassen. Sie wussten seit dem 24. Oktober 2015, dass Flüchtlinge auf dem Tempelhofer Feld sind. Das war wenige Wochen, nachdem – Sie haben es gerade selber gesagt – der Veranstalter die Option gezogen hat. Sie sind nicht an die Öffentlichkeit gegangen und haben gesagt: Wir haben ein Problem. Sie haben sich nicht an die Bezirke gewandt, sondern der Veranstalter wurde alleingelassen und durfte sich selber auf die Suche nach irgendwelchen Möglichkeiten machen. Ich kann das, ehrlich gesagt, nicht verstehen. Das haben Sie gesagt. Wir haben ein Wortprotokoll.

Was wir jetzt haben, ist in der Tat so etwas, was Herr Esser sagte. Wir haben jetzt eine Hochdruckaktion, weil wir faktisch vor der Situation stehen: Der Veranstalter hat einen Termin, zu dem wird es stattfinden. Der Veranstalter befindet sich in einem Produktionsablauf. Die haben schon ihr Line-up veröffentlicht, sie müssen sozusagen Technik bestellen. Das muss jetzt alles ganz schnell gehen, und faktisch gibt es kaum noch die Möglichkeit, einen alternativen Standort zu suchen, und das ist ein Problem. Ich glaube, die hätte es gegeben, wenn man spätestens im November gesagt hätte: Wir haben ein Problem mit dem Festival, und wir müssen jetzt eine offene Debatte darüber führen in der gesamten Stadt, und jeder Bezirk soll bitte mal gucken: Was gibt es hier für Flächen? Wo kann so etwas stattfinden? Das ist für Berlin wichtig. Niemand streitet das ab, aber so, wie das hier gelaufen ist, das haben Sie gut dargestellt, die Verantwortung liegt an der Stelle völlig beim Senat.

Natürlich stellt sich daraus die Frage, selbst wenn die Bezirksverordnetenversammlung jetzt beschlossen hat und sagt: Wir wollen, dass alle Schäden vom Veranstalter übernommen werden. Das Gartendenkmal Treptower Park ist in den letzten Jahren erst für 13,5 Millionen Euro instandgesetzt worden. Die Arbeiten enden erst Ende dieses Jahres. Was da an Schäden entsteht, kann der Veranstalter unter Umständen gar nicht bezahlen. – [Zuruf] – Das weiß ich nicht, aber könnte sein. – Wie geht man damit um? Wird das Land da beiseite stehen, wenn Schäden entstehen?

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank! – Die Frage ist notiert. – Wir kommen zu Herrn Herrmann. – Bitte schön!

Alexander J. Herrmann (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Nach dem sehr aufgeregten Beitrag des Kollegen Schatz, herzlich willkommen im Hauptausschuss von unserer Fraktion, Herr Kollege! Vielleicht erst einmal eine Klarstellung: Am Ende gibt es einen Veranstalter, und ich denke, wenn dieser Veranstalter Eintrittskarten verkauft, wirtschaftlich damit haushaltet, am Ende dann auch Gewinne daraus erzielt, dann ist natürlich als Erstes der Veranstalter in der Pflicht. Gleichwohl finde ich es natürlich sinnvoll, ein solches Festival mit überregionaler Ausstrahlung durch das Land Berlin, durch die Bezirke zu unterstützen. Allerdings, in der Situation und bei den Abläufen, wie Sie sie geschildert haben, mag ich jetzt nicht erkennen, dass das Land Berlin, dass der Senat sich irgendwo fehlverhalten hat. Ganz im Gegenteil, es ist eine Fläche gefunden worden. Dass der Bezirk Treptow-Köpenick dort sagt: Das wollen wir nicht, kann ich bei ganz kleinteiliger Betrachtung auch erst einmal nachvollziehen. Allerdings, Sie haben gesagt, das ist überregional, das ist wichtig, dann sollte man nicht nur die bezirklichen Interessen im Blick haben, sondern einfach mal ein bisschen über den Tellerrand hinausschauen. Wenn ich an die Millionen Raver im Tiergarten denke, die haben dort bestimmt auch große Schäden verursacht, und gleichwohl sieht der Tiergarten

mittlerweile wieder sehr schön aus. Es ist Jahr für Jahr dort durch das bezirkliche Grünflächenamt Mitte hinbekommen worden, den Tiergarten wieder ansehnlich und begehbar zu machen. Insofern können wir uns hier ganz viele Szenarien ausdenken, aber weder Sie noch ich haben eine Glaskugel, wie es dann nach dem 11. September – das Datum habe ich mir nicht ausgedacht, das ist von Lollapalooza – im Treptower Park aussehen wird. Insofern hilft diese Panikmache jetzt nicht weiter. Es ist ein Standort gefunden. Der Senat unterstützt, habe ich vernommen, und das ist gut so für die Stadt und für das Festival.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Danke, Herr Kollege! – Als Nächster Herr Reinhardt!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ich bin gerade noch einmal hellhörig geworden, weil Herr Gaebler sagte, dass Sie noch keine Anfrage hatten bezüglich des Spreeparks, aber wenn Sie eine kriegen würden, müssten Sie sie wahrscheinlich ablehnen. Erst einmal würde mich natürlich interessieren: Woher wissen Sie das schon, wenn Sie keine Anfrage hatten und Sie dementsprechend auch noch nicht geprüft haben? Ich bin da jetzt mehrfach langgejoggt. Es gibt auch da dieses schöne Schild: Hier baut das Sondervermögen wachsende Stadt, also sehr schön, sehr lesenswert. Bis wann wird das da fertiggestellt? Wie ist Ihre detaillierte Einschätzung dazu, ob man das zwischendurch noch mal für andere Sachen nutzen kann?

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Danke, Herr Reinhardt! – Frau Herrmann!

Clara Herrmann (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Weil die CDU-Fraktion mich vorhin für meine Nachfragen so kritisiert hat – [Christian Goiny (CDU): Zu Recht!] –, sagen Sie, Ihre eigene Fraktion in der BVV ist der Auffassung, dass der Treptower Park nicht geeignet ist für ein Rock-Festival. Das gebe ich Ihnen dann auch mal mit. Darüber müssen wir jetzt aber gar nicht streiten. – Ich hatte konkrete Fragen gestellt. Herr Gaebler! Ich würde Sie auch noch einmal bitten, das etwas konkreter zu beantworten. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie schon einmal aus meiner Sicht zwei Sachen klargestellt haben. Erstens, und dafür sind Sie sehr wohl verantwortlich, denn die Tempelhof Projekt GmbH ist bei Ihnen, die Tempelhof Projekt GmbH hat mit Lollapalooza einen Vertrag gemacht, der vorsieht, dass nicht nur letztes Jahr, sondern auch dieses und nächstes Jahr ein solches Festival dort stattfinden kann. Jetzt sind die Gegebenheiten andere, und dieses Festival kann in Tempelhof nicht mehr stattfinden, das heißt, es gibt einen Anspruch auf einen Ersatzstandort. Wenn das nicht passiert, dann führen Sie das bitte noch einmal aus. Wenn es keinen Anspruch auf einen Ersatzstandort gibt, dann gibt es aber einen Schadensersatzanspruch des Festivals gegenüber Tempelhof Projekt GmbH. Dann würde ich schon gerne wissen wollen, wie hoch dieser Schadensersatzanspruch ist und wann das dann zum Tragen käme und wie Sie das gegebenenfalls finanzieren wollen. – [Zuruf von Staatssekretär Christian Gaebler] – Dann haben Sie ausgeführt, dass Sie deshalb einvernehmlich nach einem Ersatzstandort suchen. So hatte ich Sie verstanden. Ich kann das alles noch einmal nachlesen, dass Sie mit dem Veranstalter gesprochen haben und der Veranstalter sich daraufhin alleine durch die Stadt begibt und nach einem Ersatzstandort sucht. So haben Sie das hier geschildert. – [Zuruf von Staatssekretär Christian Gaebler] – Das ist irgendwie schön. Dann sind wir jetzt wieder auf einer Linie.

Was ich allerdings nicht nachvollziehen kann, ist, dass Sie in der Verantwortung stehen, dass Sie entweder Schadensersatz zahlen, oder es muss sich ein Ersatzstandort finden, und deshalb gehen die Veranstalter jetzt selber durch die Stadt, um einen Ersatzstandort zu finden. Das halte ich sehr wohl für eine interessante Auffassung. Sie müssten sich dann, aus meiner Sicht

jedenfalls, schon mal irgendwie einen Plan gemacht haben, ob Schadensersatz auf Sie zu kommt oder nicht. Und wenn Sie das vermeiden wollen mittels eines Ersatzstandortes, dann hätte ich schon die Erwartung, dass Sie das auch interessiert. Das würde ich schon gerne wissen, inwiefern – man hat in den Zeitungen über mehrere Standorte spekuliert – der Senat – Sie sprechen ja mit einer Stimme, ich weiß nicht, ob Sie das waren und Ihre Verwaltung oder jemand anderes – in irgendeiner Art und Weise eingebunden ist, was diese Ersatzstandortsuche angeht. Dann möchte ich gerne wissen, welche Standorte im Gespräch waren und aus welchen Gründen welcher Standort nicht infrage kommt.

Als Letztes würde ich gerne wissen, was Sie eigentlich machen, wenn der Bezirk Treptow-Köpenick nein sagt. – [Torsten Schneider (SPD): Dann kriegt er kein Müggelsee-Bad!] –

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Frau Kollegin! – Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Der Punkt, den wir hier versuchen zu klären, ist sozusagen: Wie läuft ein Entscheidungsberatungsweg? Das versuchen wir gerade herauszufinden, und da sind Sie zuständig für die Tempelhof Projekt GmbH. Die hat Vertragspartner. Die ist Verträge eingegangen. Sie kann diese Verträge aus nachvollziehbaren Gründen nicht mehr einhalten. Selbstverständlich bemühen Sie sich dann, das ist vollkommen richtig und nachvollziehbar, in irgendeiner Form mit Ihren Vertragspartnern klarzukommen, nämlich so, dass, erstens, möglicherweise der gewollte Zweck mit dieser Veranstaltung, die die Vertragspartner stattfinden lassen wollen, vielleicht doch irgendwie verwirklicht werden kann, weil es für die Stadt sinnvoll ist, oder aber auch, damit man nicht in die Situation kommt, möglicherweise Verstrafen zu müssen oder Ähnliches. Das ist ein vollkommen nachvollziehbarer Prozess. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass Sie so handeln. Daraus muss doch irgend etwas folgen. Daraus muss nicht nur folgen, wie Sie rechtlich formal richtig dargestellt haben, wenn ein Veranstalter an einer Stelle eine Veranstaltung nicht machen kann, dann muss er gucken, wo er an einer anderen Stelle eine Veranstaltung machen kann. Aber das ist doch nicht das, was tatsächlich abläuft. Deswegen wäre es noch einmal wichtig, dass Sie darstellen, was der Senat hier tatsächlich getan hat, denn in dieser Beratung, die Sie dort vornehmen, oder diesem Bemühen, gebunden in diesem Vertragsverhältnis – diese Bindung wurde gerade erst ein paar Wochen vorher erneuert –, damit in irgendeiner Form klarzukommen, und, zweitens, in der Erkenntnis, dass diese Veranstaltung für Berlin eine gewisse Bedeutung hat, also sozusagen aus zwei wichtigen Gründen, wird doch der Senat irgendwie handeln. Er wird doch irgendwie sagen: Liebe Leute, hier geht es nicht mehr, lasst uns mal gemeinsam gucken. Lasst uns mal verschiedene Vorschläge unterbreiten. – Es gibt nur zwei Versionen. Sie haben bisher beide dementiert. Das verunsichert mich ein bisschen. Sie haben sowohl die Version dementiert, dass Sie als Stadtentwicklungsverwaltung sich dann darum gekümmert und geguckt haben, wo es andere Standorte gibt, und Sie haben auch die Version dementiert, dass der Senat sich nicht darum gekümmert hat, wo es andere Standorte gibt. Da falle ich gerade so ein bisschen in ein Realitätsloch. Was stelle ich mir jetzt vor? Was ist wirklich passiert? Deswegen glaube ich, dass es wichtig ist, dass Sie noch einmal darstellen: Wer im Land Berlin hat mit welcher Abwägung die Veranstalter dabei unterstützt, hierfür einen Ort zu finden? Das wird nicht das Bezirksamt Lichtenberg, Treptow-Köpenick oder Tempelhof-Schöneberg gewesen sein, weil die nicht stadtweit gucken, wo was möglich ist. Deswegen versuchen Sie doch bitte einfach einmal, diese Frage darzustellen. Daraus ergibt sich dann ja vieles.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Kollege Zillich! – Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Das ist wieder so eine politische Debatte kurz vorm Wahlkampf, so nehme ich das wahr. Vorgeschobene Argumente sind die Grashalme, die umgedreht werden könnten oder die Bürgerinteressen. Kollege Goiny hat sich auch viel Mühe gegeben, das noch einmal für die CDU-Fraktion herauszustellen, dass man das natürlich alles ernstnehmen muss usw. Das sehen wir alle genauso. Ich will es deswegen etwas kürzer machen. Wir haben uns die Meinung gebildet, dass wir diese Veranstaltung für so wichtig erachten, dass sie in Berlin stattfinden soll. Ich lege hier einmal offen, dass ich persönlich da auch noch nicht gewesen bin, obwohl ich diese Art Musik mag, im Gegensatz wahrscheinlich zu Kollegin Herrmann, aber das ist nur eine Petitesse. Sie können allenfalls, Frau Herrmann, sagen, das stimmt nicht, was Sie selbst anbelangt, aber ich jedenfalls mag die Musik. – [Zurufe] – Aber jetzt einmal zur Sache selbst: Was ist denn offensichtlich passiert? – Da hat irgendjemand im Bezirksamt Treptow-Köpenick zumindest für plausibel erklärt, oder was weiß ich, von mir aus auch in der BVV: Da könnte das sein, denn da fanden schon zu DDR-Zeiten vergleichbare Festivitäten statt. Der Veranstalter hat in irgendeiner Weise die gleiche Einschätzung. – [Zuruf von Carsten Schatz (LINKE)] – Ob der da nun angefragt hat oder sonst was, ist mir völlig schnuppe. Dann hat irgendein Bürger geschrieben, möglicherweise von der gegenüberliegenden Bonzensiedlung: Das ist aber Krach, und jetzt kriegen Sie alle kalte Füße. Deswegen sitzen Sie auch hier, Herr Schatz, und nicht jemand anderes, und alle wollen die Guten sein. – [Zuruf von Carsten Schatz (LINKE)] – Die Grünen sind die Guten für die Grashalme, die Piraten sind die Guten für den Spreepark, und die Linken sind für alles die Guten. Aber so funktioniert Politik nicht. Sie müssen sich hier ganz klar bekennen, und ich bekenne mich jetzt ganz klar für die SPD-Fraktion. Reden Sie doch nicht so viel Stuss dazwischen. Wir kennen aneinander wahrscheinlich gar nicht, dann würden Sie nicht so herumgeifern. – [Joachim Esser (GRÜNE): Sie entscheiden das doch gar nicht!] – Wir bekennen uns ganz klar. Erstens: Das ist eine private Veranstaltung und keine politische Demonstration. Das bedeutet, dass etwaige Nutzungen oder Schäden der Veranstalter trägt. Da beißt die Maus keinen Faden ab. So einfach ist das nach unserer Wahrnehmung.

Zweitens: Selbstverständlich hat der Veranstalter auch eine Schadensminderungspflicht aus eigenem Interesse. Deswegen kann er nicht einfach sagen: Wenn ich in Tempelhof nicht stattfinde, dann gehe ich auf das Substitut des Schadensersatzes. – Das ist doch völlig klar. Das weiß der Veranstalter.

Drittens hat das mit der Rechtsfigur des Wegfalls der Geschäftsgrundlage zu tun.

Viertens weiß er aber auch, dass wir – wir und die da, also die Koalition – diese Festivität politisch unterstützen und wollen. So einfach ist das für uns. Und wenn in Treptow die Fläche geeignet ist, und niemand von Ihnen hat den Mumm gehabt, zu sagen: Das halten wir für ungeeignet, dann, in Gottes Namen, lassen Sie es da stattfinden. Sollen die Jugendlichen da zapeln, tanzen und knutschen, und dann ist gut.

Vorsitzender Frédéric Verrycken: Besten Dank, Kollege Schneider! – Jetzt zur Beantwortung der noch offenen Fragen, Herr Staatssekretär! – Bitte schön!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Um das Ganze noch einmal klarzustellen: Ich hatte mich bemüht, die vielfältigen Fragen möglichst sortiert zu beantworten. Es tut mir leid, dass es nicht ganz so gelungen ist, das entsprechend rüberzubringen. – Die Tempelhof

Projekt GmbH hat einen Vertrag mit Lollapalooza. Der kann nicht erfüllt werden. Deshalb ist Lollapalooza unterwegs gewesen und hat sich mit Unterstützung, in diesem Fall der Senatskanzlei, Veranstaltungsorte angeguckt und dazu eine Liste gemacht. Die ist sozusagen noch einmal durchgeguckt worden hinsichtlich der technischen Machbarkeiten, und dann hat es konkrete Unterstützung bei der Ansprache der einzelnen zuständigen Behörden gegeben. Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat sich hier deutlich offener gezeigt als andere Bezirksamter, die der Meinung waren, sie wollen das nicht, oder sie halten Veranstaltungsorte wie die Straße des 17. Juni oder die Karl-Marx-Allee für nicht geeignet und wollen das für diese Veranstaltung nicht genehmigen, was natürlich auch immer daran liegt: Wie viele Veranstaltungen habe ich schon an anderer Stelle bzw. halte ich einen bestimmten Ort überhaupt für eine Veranstaltung für geeignet? Dazu gibt es jetzt aber keine Auflistung, weil das sozusagen ein Prozess war, der auch ein bisschen bilateral und iterativ gelaufen ist. Insofern haben Sie völlig richtig gesagt, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat nicht direkt nach Alternativstandorten gesucht, aber der Senat in Person oder in Gestalt der Senatskanzlei doch. Insofern haben Sie das schon richtig geschildert. Das ist sozusagen noch einmal die konkrete Untersetzung.

Einen Anspruch auf einen Ersatzstandort – ich glaube, die Diskussion muss man an der Stelle nicht führen. Es gibt nach dem Vertrag keinen Anspruch auf einen Ersatzstandort. Ob es einen Anspruch auf Schadensersatz gibt, wie gesagt, da gilt das BGB mit allem, was auch Herr Schneider gerade noch einmal angemerkt hat. Insofern ist ein Veranstalter sicherlich gut beraten, wenn er auch nach Ersatzstandorten guckt. Und dass der Senat jetzt nicht durch die Stadt geht und sagt: Das wären doch alles tolle Orte, sondern dass sich der Veranstalter selber überlegt: Welcher Ort ist denn für mich geeignet? – und sich dabei natürlich vom Senat und auch von den bezirklichen Dienststellen unterstützen lässt, ist ein rationales Verfahren, das auch üblich und nachvollziehbar ist. Deswegen, Herr Schatz, versteh ich Ihre Aufregung gar nicht. Wie gesagt, der Senat ist kein Veranstaltungsexperte, sondern das sind die Leute, die Veranstaltungen machen. Insofern gehen wir nicht hin und sagen denen, welche Veranstaltungsorte für sie geeignet sind, sondern die gucken: Welche Orte wären denn für uns interessant und geeignet? – und dann können wir mit den Dienststellen im Bezirk und auf Landesebene sehen, dass wir das möglichst ermöglichen, in der Abwägung natürlich, was es dort noch für andere Interessen gibt und ob die ausreichend berücksichtigt werden können oder nicht. Das ist in der Stadt nicht so einfach, weil bei fast allen Veranstaltungsorten Dinge dafür und dagegen sprechen. Das muss man einfach so sehen. Insofern ist das hier ein vernünftiger Weg gewesen. Dass es keinerlei Unterstützung durch den Senat gegeben hat, falls das so angekommen ist, ist nicht so. Das habe ich hoffentlich eben auch noch einmal dargestellt. Die Einschätzung zum Spreepark ist erst einmal eine Einschätzung von mir, der ich mir das Gelände zusammen mit Grün Berlin genauer angeguckt habe. Das ist meine vielleicht unmaßgebliche und laienhafte Einschätzung. Da es bisher keine konkrete Anfrage dazu gab, konnte sie sozusagen noch nicht fachlich unterstellt werden. Ich halte sie aber mit meinem bescheidenen Ingenieursverständ für durchaus belastbar, wenn ich das hier einfach einmal so sagen darf. Das sieht übrigens auch Grün Berlin so, die sich schon etwas intensiver damit beschäftigt haben.

Jetzt bleibt, dass wir natürlich auch begleiten, das hatte ich vorhin schon gesagt, und den Bezirk dabei unterstützen. Man muss auch immer ein bisschen aufpassen. In diesem Park, der relativ groß ist, sind sicherlich einige Millionen Euro für denkmalpflegerische Maßnahmen verbaut worden, aber noch einmal: Dieses Festival findet nicht auf der gesamten Parkfläche zwischen Am Treptower Park und Wasser statt und zwischen S-Bahn und – wie heißt die

Straße – Neue Krugallee, sondern in einem begrenzten Teil, wo schon Fanmeilen zur Weltmeisterschaft 2006 stattgefunden haben, wo Konzerte stattgefunden haben, wo es einen größeren Wiesenanteil gibt. Es gibt bisher keinen ganz konkreten Plan. Es gibt einen groben Plan, wo die Flächen sein sollen. Alle, die darüber reden, kennen die gar nicht, sondern mutmaßen, dass die am Sowjetischen Ehrenmal tanzen oder Ähnliches. Das wird alles nicht stattfinden, um das ganz deutlich zu sagen. Natürlich muss bei der Veranstaltungsplanung, da ist der Bezirk dran, das werden wir auch begleiten aus den verschiedenen Zuständigkeiten, die ich vorhin genannt habe. Die Leitung der Besucher und Besucherinnen dorthin und wieder weg unter Einbeziehung der verschiedenen ÖPNV-Standorte, das ist nicht nur der Bahnhof Treptower Park, sondern das ist z. B. auch der S-Bahnhof Plänterwald, muss so ausgewogen sein, dass man da ein vernünftiges Erschließungskonzept hat. Auch das ist sicherlich Bestandteil der Auflagen, die der Bezirk da macht. Ich finde es richtig, dass das Bezirksamt Treptow-Köpenick hier nicht sofort gesagt hat: Bloß nicht bei uns, das könnte ja Arbeit machen oder Stress, sondern auch gesagt hat: Ja, wenn es hier im Land Berlin eine solche Situation gibt, dass nach Ersatzstandorten gesucht wird für eine übergeordnete Veranstaltung, die aus Gründen, die alle nachvollziehen können, nicht an dem Ort stattfinden kann, wo sie stattfinden sollte, dann sagen wir nicht sofort nein, sondern wir gucken, ob wir das hinkriegen. Die haben auch noch andere Standorte im Bezirk, die sie auch noch einmal überprüfen und wozu sie dann auch eine Aussage treffen. Ich finde, das muss man nicht kritisieren, sondern durchaus loben. Ich finde, ehrlich gesagt, die BVV Treptow-Köpenick macht es sich da etwas einfach, indem sie erst einmal sagt: Da auf gar keinen Fall, sondern das muss man – [Zuruf von Carsten Schatz (LINKE)] – Das wurde aber gerade so vermittelt! Insofern müssen Sie sich einmal einigen. – [Zuruf von Carsten Schatz (LINKE)] – Insofern müssen wir jetzt abwarten, was die abschließende Prüfung durch das Bezirksamt betrifft. Die Verkehrslenkung und alle anderen werden das dann auch entsprechend begleiten. Das ist natürlich auch noch eine Frage der Lärmbelastung u. Ä., aber mit etwas gutem Willen bekommt man das hin. Und dass am Ende der Park auch wiederhergestellt wird und für die normale Nutzung zur Verfügung steht, das muss natürlich dabei sichergestellt sein. Darauf legt das Bezirksamt Wert und natürlich meine Verwaltung, soweit sie daran beteiligt ist, aber auch aus übergeordneten Gründen.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Herr Staatssekretär! – Vorhin hatte ich vergessen, noch einmal Herrn Esser aufzurufen. Er hatte sich vorher schon einmal gemeldet. – Herr Esser!

Joachim Esser (GRÜNE): Ich wundere mich, dass die ganzen Fragen nicht beantwortet werden, über was wir bei dieser Geschichte überhaupt reden. Ich gehe noch einmal, bevor ich es noch einmal versuche, Fragen unserer Fraktion zu stellen, zu der Sache zurück, die auch in der Rede von Herrn Schneider festgelegt ist. Wir haben doch gefragt in dem Zusammenhang – Sie unterstellen das jetzt einfach einmal –: Was machen Sie denn, wenn das Bezirksamt Treptow-Köpenick sagt: Nein? – Einen Beschluss haben Sie doch bisher gar nicht, dass die das machen. – [Zuruf] – Meines Wissens nicht. Das Einzige, was wir bisher haben, ist dieser Beschluss der BVV, Ursprungsantrag CDU und Grüne, geändert durch SPD und Linke. Er hat 100 000 Spiegelstriche, zu denen Herr Gaebler eben indirekt etwas gesagt hat. Die lasse ich mal weg. Wir diskutieren aber über zwei davon die ganze Zeit sehr intensiv. – Erstens: Treptower Park ist nur letzte Option. Deswegen haben wir in diesem Sinne hier nachgefragt: Welche gibt es denn noch? Wir streiten doch gar nicht darüber, dass das eine Option ist, sondern wir reden hier darüber, dass dieser Bezirk zunächst einmal, sofern er sich überhaupt geäußert hat, sagt, es sei die letzte und es gäbe vielleicht Besseres. Das sage ich dann jetzt erst einmal

zu dem, was Herr Schneider sagt, dass das das Einzige und das Beste ist, und das steht für ihn fest, weil Treptow das machen will. Mir sagt Treptow-Köpenick, mit den Stimmen aller Fraktionen, die hier sitzen: Das möchten wir eigentlich nicht, nur als allerletzte Lösung. Stattdessen erlebe ich hier eine Diskussion, die sich überhaupt nicht darum bemüht, auf dieses Argument einzugehen und zu sagen: Haben wir was anderes? Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, auch darauf haben wir hingewiesen: Einmalige Ausnahme. Wir wissen aber jetzt aus den Verträgen, das käme nächstes Jahr wieder so.

Der dritte Punkt ist: Zusätzliche Mittel für die angemessene Pflege und Instandhaltung der Grünflächen. – Darüber haben wir gesprochen. Es gibt hier null Zusage der Landesebene: Das würden wir auch machen, insbesondere vom Kollegen Schneider. Das ist aber das Einzige – ich bin in dieser Bezirkspolitik, anders als andere, gar nicht zu Hause –, was Sie aus diesem Bezirk bisher haben. Einen Bezirksamtsbeschluss: Wir machen das in Treptower Park, haben Sie nicht. Wir haben erst einmal ein BVV-Ersuchen, das sagt: Wir würden dann dem Bezirksamt sagen: Könnt ihr machen als allerletzte Option, das ist unser Wille, unter der Bedingung, dass das nur das eine Mal ist und nicht nächstes Jahr wieder, und zweitens unter der Bedingung, dass bei den Schäden, die da entstehen werden und die der Veranstalter letztlich nicht in voller Größe trägt, das wissen wir aus dem Tiergarten, aus Landesmitteln geholfen wird. Jetzt sitzt du im Hauptausschuss und sagst: Okay, ich bin bereit, an dieser Stelle über Landesmittel zu reden, wenn ihr das macht, das ist doch hier die Bitte an uns, im dem Falle, dass wir keine andere Option finden. Dann bin ich auch bereit, den Senat hier zu fragen: Was habt ihr denn noch? – [Torsten Schneider (SPD): Das ist doch ganz klar!] – Ja, und kriege als Ergebnis: Wir haben sonst nichts, was mich ein wenig wundert. Aber das ist doch der Gegenstand der Debatte.

Jetzt würde ich einmal sagen, Sie setzen das voraus, das Abgeordnetenhaus und der Senat verweigern jede Hilfe, und daraufhin – – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Bisher hat hier noch keiner irgendetwas gesagt. Ich habe mir anhören müssen: Das ist sowieso alles eine Veranstalterfrage. Das ist keine Demonstration. Das geht mich nichts an. – [Torsten Schneider (SPD): Wir finden das toll!] – Das ist das, was Herr Schneider als haushaltspolitischer Sprecher der SPD dazu erklärt hat, was Ihre eigenen Treptower Sie da irgendwie ersuchen und sagen: Geht das nicht mit zusätzlichen Mitteln für die Instandhaltung dieser Grünflächen? Das ist das, was Sie hier gesagt haben. Gibt es nicht! – [Torsten Schneider (SPD): Genau!] – Nun müssen Sie da drüben nicht dazwischenquatschen, wenn er das bestätigt. – [Zuruf von Michael Freiberg (CDU)] – Nun könnt ihr euch wieder untereinander streiten, wenn Sie das anders sehen. Zunächst einmal, der haushaltspolitische Sprecher der größeren Fraktion in dieser zerstrittenen Koalition sagt: Genau, keinen Cent für den Bezirk Treptow-Köpenick, und auch die eigenen Leute, die das mitbeschlossen haben, liegen da gewaltig schief. Das könnte ja einer der Gründe sein, warum das Bezirksamt Treptow-Köpenick sagt: Unter den Bedingungen, das sehen wir dann auch so, machen wir das nicht. Was machen Sie denn dann? Dann werden Sie, das hat Herr Gaebler richtig gesagt, nach dem BGB auf Schadensersatz verklagt werden, in Gestalt nicht des Bezirks Treptow-Köpenick, den geht das gar nichts an, sondern in Gestalt der Tempelhof Projekt GmbH, mit der sie diesen Vertrag geschlossen haben, dann landet das bei Ihnen. Nur war jetzt immer die Frage offen: Über welches Risiko, aus Ihrer Sicht, das muss man doch im Auge haben bei der ganzen Frage, reden wir denn da? Darauf haben Sie bisher null Antwort gebracht, was man abwenden muss durch eine Ersatzfläche. Und wenn wir dann mal über Summen reden, die man sich da vorstellen könnte, kann

es ja sein, dass Herr Schneider plötzlich auch noch einen Schreck kriegt und sagt: Falls auf das Bezirksamt kein Verlass sein sollte oder so, muss ich mir dann doch noch irgendetwas anderes einfallen lassen, denn diesen Schadensersatz möchte ich nicht zahlen und lieber die Veranstaltung an anderer Stelle über die Bühne kriegen. – [Torsten Schneider (SPD): Am Moritzplatz dann!] – Und das ist hier in der Debatte vonseiten des Senats, da haben die Kolleginnen und Kollegen von den Linken doch völlig recht gehabt, überhaupt nicht erkennbar, vom ersten Tag an eigentlich nicht erkennbar. Das ist insofern dann auch wieder spannend, denn es wird auch noch einige andere Veranstaltungen geben, die nicht durchführbar sind, und dann bittet man nicht um Wiederholung eines solchen Vorgangs, dass sich keiner kümmert.

Wir haben da ja mit der allerersten Sache – Bread and Butter, Zalando – noch Glück gehabt, weil die dann gesagt haben: Okay, das ist jetzt mal Flüchtlingsspende. – Das zweite Mal werden die das auch nicht so machen, sondern sagen: Unterstützt uns mal bei einer Alternativveranstaltung. – Von einem Senat, der in einer Regierungserklärung gesagt hat, wir packen jetzt die Flüchtlinge nach Tempelhof – als Überschrift –, da haben wir jetzt eine richtig tolle Sache, richtig groß, und eine Lösung, der in dem Moment ja wusste, dass das diese ganzen Folgen für die Vertragspartner hat, erwartet man eigentlich ein halbes Jahr vor der Veranstaltung einen anderen Stand der Dinge als den: Ich bin jetzt auf Gedeih und Verderb davon abhängig, dass die Dorfschulzen von Treptow-Köpenick das auf sich nehmen. Das kann der jetzt nicht hören, ich sage das mal so. – [Zuruf von Carsten Schatz (LINKE)] – Gleichzeitig stellt er sich hierhin und sagt: Das wollen wir doch mal sehen, dass die uns da auch noch einen Euro aus der Rippe leiern! Da sagen wir denen mal gleich, die kriegt ihr nicht! – und vergrößert damit die Wahrscheinlichkeit, dass die nein sagen. Das ist doch jetzt der Stand der Dinge. Deswegen möchte ich gern wissen, über welches Entschädigungsrisiko wir aus Ihrer Sicht reden, wenn diese ganze Sache gegen die Wand fährt.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank! Frage ist angekommen. – Herr Herrmann!

Alexander J. Herrmann (CDU): Vielen Dank! – Ich verstehe diese ganze Aufregung nicht, auch bei Ihnen, Herr Esser. Ich habe eben nicht dazwischengesprochen, aber das haben Sie in Ihrer Aufregung wahrscheinlich verwechselt. Soll auch nicht schlimm sein, Herr Gaebler und ich haben es ja richtig gesehen. So war der Name des Staatssekretärs.

Herr Schneider hat ja eben die Rechtslage sehr gut zusammengefasst. Insofern ist das, was jetzt hier hypothetisch gemutmaßt wird, für mich nicht nachvollziehbar. – [Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)] – Jetzt reden Sie dazwischen! Sehen Sie, so einfach ist das! – Aber zurück zum eigentlichen Thema: Sie sind inkonsequent. Auf der einen Seite sagen Sie, das ist ein ganz wichtiges Festival, Sie sind für das Festival, und es ist wichtig für die Stadt. Dann beklagen Sie, dass keine Standorte gesucht werden. Der Veranstalter von Lollapalooza, der damit am Ende sein Geld verdient, es ist ja ein Wirtschaftsunternehmen, verkauft Tickets für den Treptower Park. Also dem scheint der Standort sehr gut zu gefallen, und Sie führen hier eine Debatte, die gar nicht im Interesse des Veranstalters ist. Also der hat sich dafür gebettet. Im Internet steht auf den Karten „Treptower Park“, weil es ihm dort gefällt. Natürlich ist es richtig, dass der Veranstalter seinen Veranstaltungsort sucht. Der Senat hat ja sogar flankiert, aber, ganz klar, wie Staatssekretär Gaebler gesagt hat, am Ende weiß der Veranstalter am besten, was zu seinem Festival passt, und nicht der Senat. Der kann vieles und anderes, aber das ist, glaube ich, keine Kernkompetenz, die er haben sollte. Wenn ich daran denke, in den Achtzigerjahren haben dort Hunderttausend Berlinerinnen und Berliner – was sagten Sie, Herr Schneider? – geknutscht usw. zu Barclay James Harvest, zu Bob Dylan. Dann, glaube ich, ist so ein kleines Lollapalooza-Festival an zwei Tagen mit 50 000 Menschen gut zu beherrschen. – [Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)] – Wie gesagt, Herr Esser, wenn Sie jetzt mit Ihrer Glaskugel weit in die Zukunft schauen und hypothetisch den Schadensersatz sehen – den kann ja keiner reell abschätzen, weil gar nicht klar ist: Was soll passieren? Wenn ich Herrn Staatssekretär Gaebler richtig verstanden habe, gibt es Gespräche mit dem Veranstalter, um das Risiko, dass da auch nur ein Grashalm irgendwo beschädigt wird, zu minimieren. Das reicht mir an der Stelle, und insofern halte ich es mit Herrn Schneider, dass es an der Stelle für die Stadt Berlin ein gutes und wichtiges Festival ist.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Herr Herrmann! – Herr Schatz noch mal! – [Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE) – Lachen von Christian Goiny (CDU)] –

Carsten Schatz (LINKE): Ich glaube, mir wurde gerade das Wort erteilt, wenn ich Sie kurz unterbrechen darf. Entschuldigung!

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Absolut! Herr Schatz hat das Wort und sonst niemand.

Carsten Schatz (LINKE): Ich glaube, es geht auch nicht um Grashalme, über die wir reden. Dass der Rasen im Treptower Park leiden wird, ist, glaube ich, allen in diesem Raum klar, und das ist auch den Anwohnenden am Treptower Park klar. Im Gegensatz zu Ihnen weiß ich, dass da beispielsweise zur Fußballweltmeisterschaft vor zehn Jahren eine längere Veranstaltung stattfand, PopKick, auch über die Dauer der Fußballweltmeisterschaft. Auch dort musste der Veranstalter logischerweise eine Sicherheitsleistung hinterlegen, und aus der wurden die Schäden bezahlt – alles prima!

Fakt ist aber: Wir haben jetzt einen Veranstalter, der mit einem deutlich größeren Flächenbedarf arbeitet, und wir haben, wie gesagt, im Gegensatz zu 2006 eine Investitionssumme von 13,5 Millionen Euro, die in die Wiederherstellung verschiedener Teile des Gartendenkmals Treptower Park geflossen ist. – [Torsten Schneider (SPD): Aus Landesmitteln!] – Da geht es um den Rosengarten. Es geht auch, lieber Herr Schneider, um das Treptower Ehrenmal – in der Tat –, und ich finde, es muss sichergestellt werden, dass das überhaupt kein Bestandteil dieses Festivals ist. – [Torsten Schneider (SPD): Das ist da, wo die Kommunisten immer demonstrieren!] – Da, wo die Kommunisten immer demonstrieren, Herr Schneider, wenn Sie das so bezeichnen wollen. Ich sage Ihnen mal, wo die Leute gefallen sind, die dafür gefallen sind, dass Sie hier heute solche Scheißsprüche klopfen können. Entschuldigung! – [Torsten Schneider (SPD): Die meine ich nicht. Ich meine die mit dem Stechschritt!] – Ist schon klar.

Insofern – und ich glaube, das ist auch keine Frage der politischen Opportunität oder eines Bekenntnisses -: Wenn der Veranstalter beim Bezirksamt Treptow-Köpenick einen Antrag stellt, diese Veranstaltung in einem Gartendenkmal durchzuführen, dann muss er nachweisen, dass es keine Alternativen gibt. Sonst kann die Veranstaltung in einem Gartendenkmal gar nicht genehmigt werden. – [Michael Freiberg (CDU): Wo steht denn das? Das ist doch Quatsch!] –

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Herr Schatz! Setzen Sie bitte Ihren Vortrag fort!

Carsten Schatz (LINKE): Sie können gern dagegen argumentieren. Ich höre mir das gern an. – Deshalb ist in der Tat die Frage: Welche Alternativen sind geprüft worden? Die Trabrennbahn Karlshorst ist mal als Vorschlag gekommen in der Debatte. Ich habe nichts gehört, was dagegen spricht. Ich finde, diese Alternativen müssen ernsthaft geprüft werden. Ja, wir reden über einen privaten Veranstalter, aber wir reden über eine öffentlich genutzte Fläche – anders als das Tempelhofer Feld. Der Treptower Park ist eine Fläche, die regelmäßig Berlinerinnen und Berlinern zur Naherholung zur Verfügung steht, und wir reden jetzt darüber, dass es für ein Wochenende faktisch privatisiert wird. – [Torsten Schneider (SPD): Wo lebt denn der Mann?] – Ich finde, das muss noch mal anders angeschaut werden. – [Zurufe] –

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Herr Schatz hat das Wort. Ich bitte Sie um Ruhe!

Carsten Schatz (LINKE): Das muss anders angeschaut werden, als wenn wir über den Veranstaltungsort Tempelhof reden. Dann müssen Sie nämlich auch den Bewohnerinnen und Bewohnern erklären, warum sie beispielsweise am Tag des offenen Denkmals – das ist auch an diesem Wochenende – das Gartendenkmal Treptower Park nicht nutzen können. – [Zuruf von Christian Goiny (CDU) – Torsten Schneider (SPD): Sind Sie sich sicher, dass Sie ein Wortprotokoll wollen? – Christian Goiny (CDU): Ich will eines!] – Ich bin ganz sicher!

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Herr Schatz hat das Wort. Ich bitte Sie jetzt wirklich um Aufmerksamkeit, sonst machen wir gleich eine Pause. Ich halte es fast für unfassbar, was wir jetzt machen.

Carsten Schatz (LINKE): Ich finde, wenn Sie so eine Veranstaltung in dem Rahmen durchführen wollen und der Senat das auch will und offensichtlich die Senatskanzlei diesen Prozess begleitet hat, dann sind auch Sie mit in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Anwohnenden eine Akzeptanz für so eine Veranstaltung entwickeln. Dann sind Sie natürlich auch aufgefordert, zu der Bürger/innen/versammlung zu kommen, die das Bezirk Treptow-Köpenick wie auch die Veranstalterin machen werden. Dann müssen Sie auch dafür Sorge tragen, dass die Bedingungen, die der Bezirk da gestellt hat und die, wie ich finde, alle berechtigt sind, auch eingehalten werden. Ich würde dann gern noch über den Vertrag reden.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Danke schön, Herr Schatz! – Das hat jetzt wieder dazu geführt, dass Herr Herrmann sich noch mal gemeldet hat. – Bitte schön, Herr Herrmann!

Alexander J. Herrmann (CDU): Vielen Dank! – Ich finde ja Ihren Einsatz für Treptow-Köpenick loblich, halte ihn aber für kleinkariert. Ich bin froh, dass Ihre Kollegen in Brandenburg, was das Thema Gartendenkmal angeht, einen viel größeren Weitblick haben. Ich erinneere nur an die Potsdamer Schlössernacht im Gartendenkmal Sanssouci. Die wird auch von vielen Tausend Menschen besucht, findet jedes Jahr statt und ist ein echtes kulturelles Highlight, genau wie das Lollapalooza. Wenn Sie jetzt anfangen zu sagen: Die Anwohner usw., dann sollten Sie sich an die Spitze der Bewegung stellen und versuchen, für Akzeptanz für dieses doch wichtige Festival zu werben. Diese Debatte: „Nicht in meiner Nachbarschaft!“ – haben wir an vielen anderen Stellen auch geführt. Da haben wir gesagt: Das gehört sich nicht. – Hier wird jetzt an so einem Festival durchexerziert: Wie weit kann man seinen eigenen Kiez verteidigen? – Das halte ich, wie gesagt, für sehr kleinkariert. Wenn ich an die Anwohner der Waldbühne, des Olympia-Stadions oder des Tempelhofer Felds in der Vergangenheit denke, da habe ich nicht vernommen, dass Sie mit all diesen Argumenten versucht haben, dort Anwohnerschutz zu erstreiten. Insofern empfehle ich doch, den Blick über den Tellerrand für die ganze Stadt zu betreiben, denn das ist das, was hier unsere Aufgabe ist. Wir sind nicht die Bezirkspolitiker, wir sind hier auf der Landesebene.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Herr Herrmann! – Zwei offene Fragen hatten wir noch. Jetzt noch mal abschließend, hoffe ich, Herr Gaebler!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Ich hatte vorhin vergessen, eine Sache zu erwähnen, weil Herr Esser ja auch gefragt hat, wie es für die nächsten Jahre aussieht. Wir werden den Vertrag, also Tempelhof Projekt wird den Vertrag zum 30. Juni dieses Jahres kündigen, sodass für das nächstes Jahr keine Verpflichtungen mehr bestehen, davon ausge-

hend, dass auch im nächsten Jahr noch Geflüchtete in den Hangars dort untergebracht werden müssen.

Das Thema „nur letzte Option“ kann ich nicht beantworten, das kann aber wahrscheinlich niemand. Diese Neigung zu sagen, es muss erst mal nachgewiesen werden, dass das nirgendwo anders geht, kennen wir ja auch von anderen Diskussionen. Das ist faktisch nicht möglich. Deshalb würde ich mal umgekehrt sagen: Nachdem das Bezirksamt in einer ersten Einschätzung gesagt hat, es sieht dort eine Durchführung der Veranstaltung unter bestimmten Bedingungen als möglich an, muss geschaut werden: Werden die alle erfüllt? Dazu gehört auch die komplette Entschädigung bzw. Kostenübernahme für Schäden, die dort entstehen. Das, was Herr Esser immer durcheinanderbringt an der Stelle, ist, dass die Loveparade im Tiergarten eine politische Demonstration war, was die Veranstalter ja bewusst gemacht haben, um keine Kosten übernehmen zu müssen. – [Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)] – Nein, das ist nicht richtig. Das ist hier anders, und bei der Silvesterveranstaltung ist es übrigens auch anders. Das sind Veranstalter, die Miete zahlen und selber für die Absperrungen sorgen. Das muss nicht die Polizei oder irgendjemand anders machen, sondern das wird alles vom Veranstalter bezahlt, bei Silvester in Berlin sind es Kosten in Millionenhöhe, die dort auch erstattet werden, auch für Schadenbeseitigung. Herr Esser, das ist nicht richtig. Die Loveparade ist etwas ganz anderes als diese Veranstaltung. Natürlich kann ich mit dem Veranstalter vereinbaren, dass er alles wiederherstellt. Ich kann auch mit ihm vereinbaren, dass er bestimmte Bereiche, die besonders schützenswert sind, absperrt. Das war ja das, was ich vorhin meinte, nämlich dass die Besucher auch entsprechend zu lenken sind. Zum sowjetischen Ehrenmal hatte ich auch klar gesagt, dass wir auch als zuständige Senatsverwaltung sofort gesagt haben: Das darf nicht Teil der Veranstaltung sein und muss auch entsprechend geschützt werden. Den Rosengarten oder ähnliche Dinge kann man auch einzäunen und schützen, und auch für den Tag des offenen Denkmals wird es eine Zugänglichkeit für Teile geben. Im Übrigen ist ja der Park als Gartendenkmal das ganze Jahr über zugänglich, wie Sie gerade gesagt haben. Insofern ist der Tag des offenen Denkmals jetzt sicherlich ein Anknüpfungspunkt, aber nicht die einzige Möglichkeit, diesen Park zu begehen.

Die Frage, ob man öffentlich zugängliche Bereiche für Veranstaltungen zur Verfügung stellt – da muss ich mal sagen: Auf der Straße des 17. Juni haben wir 60 Tage im Jahr eine Sperrung, die wesentlich mehr Leute betrifft als eine zweitägige Sperrung im Treptower Park. Auch darüber haben Sie sich, glaube ich, noch nie aufgeregt. Insofern muss man ein bisschen aufpassen, dass man hier auch das miteinander vergleicht, was etwas miteinander zu tun hat. Dass es Einschränkungen für die normalen Parknutzer gibt, ist klar, aber das ist in der Größenordnung von zwei Tagen für einen Teil des Parks aus unserer Sicht in der übergreifenden Zuständigkeit für Grün- und Freiflächen durchaus möglich.

Zum Entschädigungsrisiko kann ich im Detail nichts sagen. Ich weiß auch nicht, ob es besonders klug wäre – [Michael Freiberg (CDU): Nein!] –, wenn ich jetzt in öffentlicher Sitzung Beträge nenne, die der Veranstalter dann dem Wortprotokoll entnehmen und sagen kann: Sie haben doch so viel Entschädigung zugesagt. – Insofern bitte ich um Verständnis, dass ich dazu keine Aussagen machen kann.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Deswegen war ja am Anfang die Frage, ob wir das öffentlich diskutieren können oder noch einen nichtöffentlichen Teil brauchen. Wenn das erf

derlich sein sollte, müssten wir jetzt auch noch die Öffentlichkeit ausschließen, um die Diskussion fortzuführen. Ist das gewünscht? – Frau Herrmann!

Clara Herrmann (GRÜNE): Ich möchte eine Hausnummer vom Staatssekretär hören, und dann können wir das gern in einer vertraulichen Sitzung machen. Ich hätte auch gern noch die Einschätzung, ob der Veranstalter dadurch, weil der Staatssekretär übrigens selber vorhin gesagt hat, der Schadensersatz wird auf jeden Fall fürs nächste Jahr und nicht für dieses Jahr fällig – – Das möchte ich gerne wissen.

Zweitens möchte ich gern die rechtliche Einschätzung wissen: Sie haben gesagt, der Vertrag wird gekündigt, und nächstes Jahr gibt es kein Festival. So hatte ich Sie gerade verstanden. – [Zuruf von Staatssekretär Christian Gaebler] –

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Bitte keine Zwiegespräche! Das können wir auch im Wortprotokoll ganz schwer aufnehmen.

Clara Herrmann (GRÜNE): Dann klären wir das, wenn wir in der vertraulichen Sitzung sind. Sie haben selber vorhin am Anfang gesagt, dass das Festival einen Anspruch hat, nicht nur letztes Jahr, als es auf dem Tempelhofer Feld war, sondern auch dieses Jahr und auch nächstes Jahr. Sie haben gesagt, zwei Jahre Anspruch. – [Zuruf von Staatssekretär Christian Gaebler] – Option? Das können wir klären.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Bitte keine Zwiegespräche! Ich sage es noch mal, dass es gerade beim Wortprotokoll ein bisschen schwierig ist.

Clara Herrmann (GRÜNE): Der andere Punkt, wo ich gern noch eine Einschätzung hätte, ist, ob ich den Veranstalter an einem anderen Ort dazu zwingen kann, Kosten zu übernehmen, die in Tempelhof nicht angefallen wären. – [Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)] –

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Besten Dank, Frau Kollegin Herrmann! – Jetzt hat sich Herr Schneider zur Geschäftsordnung gemeldet.

Torsten Schneider (SPD): Da die Tagesordnungspunkte 35 a und b gemeinsam aufgerufen wurden, wie ich mich gerade noch mal versichert habe, beantragen wir hier Schluss der Debatte. Wir haben jetzt anderthalb Stunden diskutiert, Sie hätten die Gelegenheit gehabt, über den ja nur als Einstieg und Aufhänger benutzten Vertrag, der im Datenraum liegt, hier zu reden. Das haben Sie nicht gemacht. Sie haben politisiert, Clownerie – – [Zuruf von Clara Herrmann (GRÜNE)] – Für uns ist es jetzt erschöpfend behandelt worden. Wir haben uns klar hier committed und machen das Späßchen jetzt nicht mehr mit.

Vorsitzender Fréderic Verrycken: Dann kommen wir zur Abstimmung nach der Geschäftsordnung. Der Antrag ist gestellt worden, die Debatte und Diskussion jetzt zu beenden. Wer dem Vorschlag von Herrn Schneider bzw. der Koalition folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenstimmen? – Die Grünen. Enthaltungen? – Linke und Piraten. Damit mehrheitlich beschlossen. Damit ist die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 35 für heute beendet. Wir haben die Besprechung 2688 abgeschlossen und den Bericht 2688 A zur Kenntnis genommen.